



Am 13. März setzt die CDU auf Sieg

Wenn am 13. März die Bürger in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wählen, geht es für die CDU um ein Ziel: Sie will den Wahlsieg, um Politik für die Menschen zu gestalten. | Mehr dazu auf den Seiten 2 bis 3



Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht die Bekämpfung der Fluchtursachen als eine zentrale Aufgabe: „Dann wird es uns auch gelingen, die Zahl der Flüchtlinge spürbar zu reduzieren.“

Flüchtlinge: Die Maßnahmen zeigen Wirkung

Die Flüchtlingssituation stellt Deutschland auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat darauf bereits 2015 mit einer deutlichen Verschärfung des Asylrechts reagiert. Mit dem Asylpaket II sind jetzt weitere Maßnahmen beschlossen worden.

Für die CDU ist klar: Sie will den Zuzug von Flüchtlingen nachhaltig und dauerhaft reduzieren. Denn Deutschland kann nicht auf Dauer so viele Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen, versorgen und integrieren wie 2015. Die CDU verfolgt deshalb vor allem vier Ziele:

1. Die Migration ordnen und die Außengrenzen der EU schützen.
2. Die Migration besser steuern und abgelehnte Asylbewerber sowie Wirtschaftsflüchtlinge schneller abschieben.
3. Mehr europäische Solidarität beim Umgang mit Flüchtlingen.
4. Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort.

Mit dem Asylpaket I wurde schon einiges erreicht: Die Verfahren wurden beschleunigt, Fehlanreize reduziert und die

Abschiebungen erleichtert. Mit dem Asylpaket II werden die Möglichkeiten des Familiennachzuges begrenzt, weitere Abschiebungshindernisse abgebaut und besondere Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten geschaffen (Details siehe Kasten rechts).

Für die CDU ist aber auch klar: Die nationalen Maßnahmen sind nur ein erforderlicher Baustein. Die nachhaltige und dauerhafte Lösung der Flüchtlingssituation kann nur in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern und den Herkunfts- und Transitländern gelingen. Ein mindestens ebenso wichtiger Baustein ist die Bekämpfung der Fluchtursachen, um so die Zahl der Flüchtlinge hier in Deutschland spürbar und dauerhaft zu reduzieren.

Maßnahmen im Asylpaket II

- Leistungen gibt es nur bei Vorlage des Flüchtlingsausweises. Dazu müssen Flüchtlinge registriert sein.
- Der Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge soll für zwei Jahre ausgesetzt werden.
- Es sollen beschleunigte Verfahren eingeführt werden, insbesondere für Bewerber aus sicheren Herkunftsländern.
- Asylbewerber sollen während des Aufenthaltes in der Aufnahme-Einrichtung die zuständige Großstadt oder den Landkreis bis zur Entscheidung ihres Antrags nicht verlassen dürfen.
- Eine Rückführung bei Ablehnung des Antrags soll unmittelbar aus den Aufnahme-Einrichtungen erfolgen.
- Die Anforderungen für die Erstellung ärztlicher Atteste bei abgelehnten Bewerbern werden neu geregelt. Künftig sollen Atteste die Abschiebung nur in Ausnahmefällen verhindern.
- Anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge sollen in Deutschland gleichmäßig verteilt werden. Wanderungsbewegungen in die Großstädte und Ballungsräume darf es nicht geben.
- Asylbewerber müssen künftig für Integrationskurse zehn Euro Eigenbeteiligung zahlen.



Gute Nachrichten für Familien

Mehr Kindergeld, höhere Freibeträge, Elterngeld und Elternzeit sowie mehr Geld für Betreuung – Familien in Deutschland profitieren auch 2016 besonders von der Politik der CDU.

| Seite 4

Demografischer Wandel und Zuwanderung

Unsere Gesellschaft verändert sich: Wir leben länger und bleiben länger fit. Gleichzeitig haben wir weniger Kinder und Enkel. Mit den Auswirkungen befasste sich eine Konferenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

| Seite 6



Lernen online

Das junge Unternehmen iversity bietet Schulungen über das Internet an. Die Firma versteht sich als Ort des Lernens – in einem modernen Sinn. Die Kursangebote folgen dem Muster: einloggen, lernen, anwenden.

| Seite 7



Sie gehen optimistisch in die entscheidenden Wahlkampfwochen: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff sowie die CDU-Spitzenkandidaten für Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, Julia Klöckner und Guido Wolf (v.l.n.r.)

Am 13. März setzt die CDU auf Sieg

Wenn am 13. März die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wählen, geht es für die CDU um ein Ziel: Sie will den Wahlsieg, um Politik für die Menschen zu gestalten.

Baden-Württemberg: „Gemeinsam. Zukunft. Schaffen.“

Der Südwesten ist Wolf-Erwartungsland! Gerne zitiert Guido Wolf in diesen Tagen den BUND – wenn er auch anderes meint. Denn Guido Wolf ist der Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg und Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag. Sein Ziel ist ganz klar: „Ich will, dass unser Land wieder an seine alte Stärke anknüpft.“ Am 13. März will er die Landtagswahl gewinnen und Ministerpräsident im Ländle werden.

Wolf ist überzeugt: Politik könne zwar nicht alles, aber Politik könne die richtigen Grundlagen legen. „Über Jahrzehnte hinweg haben der Fleiß und der Ideenreichtum der Menschen ein Land geschaffen, das deutschlandweit Vorbild war.“ Das sei der leistungsfähigen und exportstarken Wirtschaft ebenso zu verdanken, wie zupackenden Handwerkern, findigen Tüftlern, einem lange Zeit erfolgreichen Schulsystem, exzellenten Hoch-

schulen und einer über Jahre hinweg ausgewogenen Entwicklung von Stadt und Land.

Im Sinne Theodor Heuss' soll Baden-Württemberg wieder „Modell deutscher Möglichkei-

ten“ sein: mit sicheren Arbeitsplätzen und einer innovativen Wirtschaft, mit einem begabungsgerechten Bildungssystem, mit einer Politik ohne ideologische Scheuklappen und mit Menschen, die sich sicher fühlen können.

Deshalb will Wolf Schluss machen mit einer Landesregierung, die die falschen Schwerpunkte setzt. Schluss mit einer Regierung, die baden-württembergische Schulen ins Chaos stürzt, die lieber Fahrradwege anstatt moderner Verkehrswe-

ge baut, die verbissen auf Windräder setzt, aber das schnelle Internet vernachlässigt. Als künftiger Ministerpräsident will Guido Wolf all dem eine Politik für die Mitte der Gesellschaft entgegensetzen, eine Politik, die wieder gestaltet und das Land nicht nur verwaltet.

Mit Blick auf die aktuelle Lage weiß Wolf: „In der Flüchtlingskrise ist die grün-rote Landesregierung überfordert. Sie blockiert wichtige Schritte auf dem Weg zu schnellen Verfahren und kon-

Rheinland-Pfalz: „Frischer Schwung. Neue Kraft.“

Seit 2010 ist Julia Klöckner Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz. Im Landtag in Mainz führt sie die Fraktion in der Opposition. Am 13. März will sie von der SPD nach 25 Jahren die Staatskanzlei übernehmen und Ministerpräsidentin ihrer Heimat werden.

Klare Forderungen stellt die rheinland-pfälzische CDU beim Thema Innere Sicherheit auf: In zehn Punkten fordert sie, die Kapazitäten der Polizei um mindestens 300 Vollzeitstellen zu erhöhen, damit die Behörden alle Aufgaben erledigen können. Die Prävention gegen religiösen Fundamentalismus und Terrorismus zählt ebenso zu diesen Forderungen, wie mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu gewinnen.

Dabei spielt das Thema Integration von Zuwanderern, Asylbewerbern und Flüchtlingen eine wichtige Rolle. Denn gemeinsam mit denjenigen, die

„Ich will, dass unser Land wieder an seine alte Stärke anknüpft.“

Guido Wolf (Baden-Württemberg)



bei uns bleiben – das gilt landauf, landab –, stehen wir vor einer großen Aufgabe: der gelingenden Integration. Für Klöckner heißt das auch: „Dazu gehören Offenheit und Menschlichkeit, aber auch klare Regeln.“ Die Landesvorsitzende veranschaulicht diese Regeln: „Wer durch die Tür Asylrecht in das Haus Deutschland kommt, muss wissen, dass es hier tragende Wände und Säulen gibt, die wir weder einreißen noch verrücken wollen.“ Viele Neu-

Schuldenstand schwächen die rheinland-pfälzische Wirtschaftskraft und verhindern Gestaltungsfreiheit für die Zukunft.“ Die CDU Rheinland-Pfalz will die Landesfinanzen dauerhaft sanieren, um wieder mehr Geld für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Infrastruktur zur Verfügung zu haben.

Auch um die Schulen geht es der CDU in Rheinland-Pfalz: „Bildung ist und bleibt ein heißes Eisen“, erklärt Klöckner, denn hier werde über Zukunfts-

bauen. „Seit der Regierungsübernahme 2002 hat Sachsen-Anhalt eine positive Entwicklung genommen“, betont Haseloff. Im Regierungsprogramm der CDU untermauert er das mit Zahlen und Fakten: Die Arbeitslosenquote ist einstellig. Jedem Jugendlichen steht ein Ausbildungsplatz offen. Die Löhne belegen im ostdeutschen Vergleich Platz zwei. Die Menschen profitierten von der CDU-Politik, „fast zwei Drittel aller Sachsen-Anhalter beurteilen ihre eigene wirtschaftliche Lage als positiv“, so der Ministerpräsident selbstbewusst. „2014 sind zum ersten Mal mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt gezogen als abgewandert.“ Schließlich wurden zum ersten Mal in der jüngeren Landesgeschichte keine neuen Schulden aufgenommen, sondern alte Schulden getilgt.

Die Sachsen-Anhalter schätzen ihren Ministerpräsidenten: Bei der Frage, wer eher Ministerpräsident werden soll, liegt der Amtsinhaber und CDU-Spitzenkandidat Haseloff mit 53 Prozent weit vorne. Seine Herausforderer von den Linken und der SPD kommen jeweils nur auf elf Prozent. Selbst bei den SPD-Anhängern unterstützen mehr Befragte den CDU-Politiker Haseloff (46 Prozent) als die eigene Spitzenkandidatin Budde (27 Prozent).

Als ihre wichtigsten Ziele nennt die CDU Sachsen-Anhalt „ein starkes Land mit ausreichend und gut bezahlten Jobs, in dem junge Familien eine gute

chancen entschieden. Derzeit lernen Grundschüler im rotgrün regierten Land „Schreiben nach Gehör“ – die Schüler schreiben allein wie sie es für richtig halten. Korrekturen sind nicht erwünscht, die Eltern dürfen kaum mitreden. Im CDU-regierten Land soll das anders werden: Schreiben wird wieder überall auf der Basis von Rechtsschreiberegeln gelehrt, verspricht die Landesvorsitzende. „Für jeden das Beste, nicht für

ankömmlinge stammen aus Ländern, die keinen Rechtsstaat kennen, wo Frauen und Minderheiten diskriminiert werden, wo keine Religionsfreiheit herrscht.

In zehn Grundregeln zur Integration hebt die rheinland-pfälzische CDU hervor, was ihr wichtig ist. Dazu gehören der Rechtsstaat, Minderheitenschutz, Gleichberechtigung von Mann und Frau ebenso, wie die deutsche Sprache und das Existenzrecht Israels.

„Wir wollen für jeden das Beste, nicht für alle das Gleiche.“

Julia Klöckner (Rheinland-Pfalz)

„Vollbeschäftigung ist in Sachsen-Anhalt ein realistisches Ziel.“

Reiner Haseloff (Sachsen-Anhalt)

Mit Blick auf einen Regierungswechsel im März mahnt Julia Klöckner außerdem an, der Wirtschaft im Land künftig einen Ansprechpartner zu bieten: „Rheinland-Pfalz braucht wieder ein richtiges Wirtschaftsministerium, das schnell und unbürokratisch Antworten auf die zentralen Fragen findet.“ Sie ist überzeugt: „Strukturelle Haushaltsdefizite und der hohe

alle das Gleiche“, ist die Devise von Klöckner – nicht nur in Sachen Bildung.

Sachsen-Anhalt: „Erfolge bewahren und ausbauen“

Für Reiner Haseloff, seit April 2011 Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, geht es vor allem darum, die Erfolge der CDU-Politik zu bewahren und auszu-

Zukunft haben und Alt und Jung sich sicher fühlen“.

Diese Ziele sind zu erreichen. „Am Ende der nächsten Legislaturperiode ist Vollbeschäftigung in Sachsen-Anhalt ein realistisches Ziel“, schreibt Haseloff. Faire Löhne seien für die CDU selbstverständliche Voraussetzung. Damit alle „am weiteren wirtschaftlichen Aufschwung Anteil haben können“.



Zwischenruf

Handeln aus Verantwortung

Liebe Leserinnen und Leser,

auch im Jahr 2016 bleibt die Bewältigung der Flüchtlingssituation das wichtigste Thema in Deutschland. Und es bleibt eine große Aufgabe für unser Land. Die CDU hat sich auf ihrem Parteitag in Karlsruhe und bei der Vorstandsklausur in Mainz zum Jahresanfang für einen Weg entschieden, der heißt: Eine Lösung der Flüchtlingsfrage geht nur gemeinsam in Europa, wenn man den europäischen Binnenmarkt und damit die deutsche Wirtschaft nicht dauerhaft beschädigen und die EU aufs Spiel setzen will. Deswegen bleiben wir bei diesem Kurs.

Und dieser Kurs zeigt Wirkung: Seit dem Herbst ist die Zahl der Flüchtlinge deutlich zurückgegangen. Aus den Ländern des Westbalkans kommen so gut wie gar keine Asylbewerber mehr. Mittlerweile werden fast alle Flüchtlinge an der deutschen Grenze erkennungsdienstlich registriert. Wer kein Asyl beantragen will, wird schon an den Grenzen zurückgewiesen – das sind derzeit rund 200 Personen jeden Tag. Und die Zahl der Abschiebungen hat sich 2015 gegenüber 2014 verdoppelt. Gleichzeitig haben wir nach den furchtbaren Geschehnissen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten Strafgesetzsverschärfungen auf den Weg gebracht: So können verurteilte kriminelle Ausländer künftig schneller abgeschoben werden.

Aber wir denken auch weiter: Eine der größten Herausforderungen auch für den Zusammenhalt in unserem Land ist die Integration der vielen Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen und für längere Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben werden.

Integration ist dabei angewiesen auf die Offenheit derer, die hier schon leben, und auf die Bereitschaft derer, die zu uns kommen, unsere Art zu leben, unser Recht, unsere Kultur zu achten und unsere Sprache zu lernen – unsere Leitkultur in Deutschland weist dabei die Richtung. Deshalb wollen wir verbindliche Integrationsvereinbarungen, in denen die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Staat und Migrant in verständlicher Form festgelegt und vermittelt werden und der Integrationsprozess vorgezeichnet wird. Fördern und fordern – das ist und bleibt das christdemokratische Prinzip gelingender Integration.

Bei diesem ganzen Prozess wünschen sich viele schnelle und einfache Lösungen. Die gibt es aber nicht, wenn man verantwortungsvoll handeln will. Sondern es braucht einen langen Atem und Handeln mit Vernunft. Dafür steht die CDU mit Angela Merkel an der Spitze.

Peter Tauber
Generalsekretär der CDU Deutschlands

Gute Nachrichten für Mia, Ben und ihre Eltern

Mehr Kindergeld, höhere Freibeträge, Elterngeld und Elternzeit sowie mehr Geld für Betreuung – Familien in Deutschland profitieren auch 2016 besonders von der Politik der CDU.

Im Jahr 2015 wurden so viele Kinder in Deutschland geboren, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Geburtenrate stieg zum vierten Mal in Folge. In einigen Kreisen und Städten – wie in Köln – wurden so viele Kinder geboren, wie seit 40 Jahren nicht. Und die eindeutigen Lieblingsnamen sind Mia und Ben.

Die Steigerung ist auch ein Ergebnis der modernen Politik der CDU. In den vergangenen Jahren hat sie die Familienpolitik reformiert und unter anderem das Elterngeld eingeführt. Durch dieses Elterngeld können junge Eltern die seit langem bewährte Elternzeit mit einem festen Einkommen verknüpfen. Zwei Drittel des letzten Nettoverdienstes gibt es für ein Jahr vom Staat – zusätzlich zum Kindergeld. Und diese Idee des El-

terngeldes wird konsequent weiterentwickelt.

Seit Juli 2015 können die Eltern von Mia und Ben mit dem „Elterngeld Plus“ ihr Familien- und Berufsleben noch flexibler verbinden. Jetzt gibt es Elterngeld für maximal 28 Monate – wenn die Eltern in Teilzeit arbeiten. Arbeiten beide gleichzeitig in Teilzeit, gibt es zusätzlich einen Partnerschaftsbonus für maximal 4 Monate.

Gleichzeitig wurde die Elternzeit flexibler: Die Eltern von Mia und Ben können jetzt 24 statt bisher 12 Monate Elternzeit auf später verlegen – auf einen Zeitraum zwischen dem dritten und dem achten Lebensjahr ihrer Kinder.

Parallel dazu wurden in den letzten Jahren die Kita-Angebote ausgebaut. Über ein Sondervermögen hat der Bund die

Kommunen bis 2014 mit 5,4 Milliarden Euro unterstützt. Das Sondervermögen wird bis 2017 nochmals um 550 Millionen Euro aufgestockt. Für den laufenden Betrieb zahlt der Bund seit 2015 jährlich 845 Millionen Euro. 2017 und 2018 werden es jeweils 100 Millionen Euro mehr – damit auch in den kommenden Jahren jedes Kind einen Platz finden kann.

Und auch für 2016 gibt es positive Nachrichten: Das Kindergeld steigt. Auf 190 Euro für die ersten beiden Kinder, auf 196 Euro für das dritte Kind und auf 221 Euro für jedes weitere Kind. Der Kinderfreibetrag steigt um 96 Euro je Kind. Und auch der Kinderzuschlag steigt ab Juli 2016 auf 160 Euro monatlich. Das sind gute Nachrichten für Eltern.

Höheres Kindergeld

Zum 1. Januar 2016 wurde das Kindergeld das zweite Jahr in Folge angehoben: Für das erste und zweite Kind gibt es jeweils 190 Euro, für das dritte Kind 196 Euro und für jedes weitere Kind 221 Euro.

Höherer Kinderfreibetrag

Der Kinderfreibetrag steigt um 96 Euro je Kind. Er beträgt damit 4.608 Euro im Jahr. Der Freibetrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung bleibt unverändert. Die Freibeträge zusammen liegen damit bei 7.248 Euro je Kind.



„Im globalen Wettbewerb darf sich aber kein Land auf seinen Erfolgen ausruhen.“

Gewappnet für heute und morgen

Die CDU sorgt im Bund für solide Finanzen. Es werden keine neuen Schulden gemacht und gleichzeitig wird in die Zukunft investiert. Auch zusätzliche Aufgaben kann Deutschland ohne neue Schulden und Steuererhöhungen stemmen.

In den letzten beiden Jahren ist der Bund ohne neue Schulden ausgekommen. 2014 zum ersten Mal seit 45 Jahren. Verantwortlich für den Erfolg zeichnet Wolfgang Schäuble. Und der Finanzminister geht davon aus, dass das auch 2016 so bleibt: „Natürlich wollen wir auch in diesem und hoffentlich im kommenden Jahr, wenn möglich, ohne Schulden auskommen.“

Wie solide der Minister gewirtschaftet hat, wurde mit dem Haushaltsabschluss des Bundes für 2015 eindrucksvoll bestätigt: Die Ausgaben lagen 2,6 Milliarden Euro unter den ursprünglichen Planungen. Die Einnahmen übertrafen die Annahmen um 4,5 Milliarden Euro. Insgesamt konnte der Bund ei-

nen Überschuss von über 12 Milliarden Euro erzielen. Geld, das jetzt für aktuelle Aufgaben zur Verfügung steht, wie den Kosten für die Flüchtlinge.

Investitionen in die Zukunft

Im globalen Wettbewerb darf sich aber kein Land auf seinen Erfolgen ausruhen. Um Beschäftigung und Wachstum auch künftig zu sichern, investiert die CDU-geführte Bundesregierung in Bildung, Forschung, Verkehr und Kommunikation. Allein in die Infrastruktur und in die Energieeffizienz werden in den kommenden drei Jahren 10 Milliarden Euro zusätzlich investiert. Das Bundesministerium für Forschung und Bildung erhält im laufenden Jahr eine

Milliarde Euro mehr als im Vorjahr.

Für aktuelle Aufgaben stellt die CDU-geführte Bundesregierung die notwendigen Mittel bereit. Um die Innere Sicherheit zu stärken und Asylverfahren weiter zu beschleunigen, werden gut 1600 neue Stellen bei der Bundespolizei und 3000 Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen. Für die Politik vor Ort werden gut 7,8 Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt.

Deutschland ist gewappnet für heute und morgen. Die Union wird ihren Kurs für solide Finanzen unvermindert fortsetzen und die drängenden Aufgaben der Gegenwart lösen. Ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen.



Mehr Geld für Alleinerziehende

Ab 2016 erhöhen sich die Sätze zum monatlichen Unterhaltsvorschuss für Kinder bis 5 Jahre auf 145 Euro bzw. für Kinder von 6 bis 11 Jahre auf 194 Euro. Schon 2015 war der Unterhaltsvorschuss angehoben worden. Bereits zum 1. Januar 2015 war der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um 600 Euro auf 1.908 Euro erhöht worden.

Höhere Leistungen für Bezieher von Wohngeld

Ab 2016 erhalten Bezieher von Wohngeld höhere Leistungen. Für Familien können diese sogar deutlich steigen. Ein Beispiel: Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Brutto-Erwerbseinkommen von 2.600 Euro (Alleinverdiener) sowie einer Miete von 730 Euro kann künftig mit monatlich 163 Euro statt bislang 27 Euro Wohngeld rechnen.

Höherer Kinderzuschlag

Der Kinderzuschlag steigt ab dem 1. Juli 2016 um 20 Euro auf dann 160 Euro monatlich. Diesen Zuschlag bekommen Eltern, die zwar ihre eigenen Lebenshaltungskosten bestreiten können, aber nicht genug Geld verdienen, um auch den Bedarf ihrer Kinder zu decken.

Entschiedene Antwort des Rechtsstaats

Erst nach und nach wurde bekannt, was sich zum Jahreswechsel in Köln und anderen Städten ereignet hatte. Auf die Erkenntnisse reagierte die CDU-geführte Bundesregierung schnell.

Bundeskanzlerin Angela Merkel brachte es nach der Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands in Mainz auf den Punkt: „Was in der Silvesternacht passiert ist, das sind widerwärtige kriminelle Taten, die nach entschiedenen Antworten verlangen.“ Sie forderte: Die bestehenden Gesetze müssen vollzogen werden. Wenn sie nicht ausreichen, dann müssten sie verändert werden.

Diese notwendigen Änderungen packt die Bundesregierung an. Noch im Januar einigte sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mit Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) auf ein gemeinsames Vorgehen:

Für sexuelle Übergriffe sind konsequentere Strafen vorgesehen. Kriminelle Ausländer sollen künftig leichter ausgewiesen werden können. Straftätern soll die Anerkennung als Flüchtling versagt bleiben.

„Dies ist eine harte, aber richtige und notwendige Antwort des Rechtsstaates“, bekräftigte de Maizière bei der Vorstellung des Maßnahmenpaketes. Wer Straftaten begehe obwohl er hier Schutz suche, müsse mit Auswirkungen auf sein Bleiberecht in Deutschland rechnen.

Die Große Koalition setzt zudem zentrale Forderungen des CDU-Bundesvorstandes zur Inneren Sicherheit um: So soll die Videoüberwachung an Gefah-



Mit mehr Beamten auf Streife und Videoüberwachung an Brennpunkten will die CDU gefährliche Orte entschärfen

renpunkten verstärkt werden. Das schreckt Täter ab und hilft, Straftaten aufzuklären. Die Polizei soll stärker an Brennpunkten präsent sein, um notfalls schneller eingreifen zu können. Wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist, sollen künftig in allen Bundesländern Personenkontrollen auch ohne konkreten Verdacht möglich

sein – die sogenannte Schleierfahndung.

Wer Terroranschläge plant, muss schon im Vorfeld gestoppt werden. Dafür soll es die Genehmigung zu „Online-Durchsuchungen“ geben. Außerdem soll die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe gestellt werden. Bundespolizei, Bundeskriminal-

amt und Verfassungsschutz sollen 4.000 zusätzliche Stellen erhalten. Auch ihre Ausrüstung wird erheblich verbessert.

Thomas de Maizière stellt klar: Straftäter müssen ohne Ansehen ihrer Herkunft und ihres Hintergrundes ausfindig gemacht und bestraft werden. Rechtsfreie Räume wird es mit der CDU nicht geben.

Flüchtlinge in Deutschland – Fragen und Antworten

Die Flüchtlingssituation stellt Deutschland auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Die CDU erreichen dazu viele Fragen der Bürger. Hier haben wir einige der häufigsten Fragen und unsere Antworten für Sie zusammengestellt:



Warum kommen die Flüchtlinge nach Deutschland?

Der anhaltende Bürgerkrieg in Syrien, die angespannte Sicherheitslage im Nahen Osten und in Afghanistan sowie die wirtschaftliche Situation in Nordafrika treibt Menschen auf die Flucht. Die Anziehungskraft unseres Landes ist hoch. Als Deutschland Anfang September 2015 in einer Notsituation etwa 10.000 syrische Flüchtlinge aus Ungarn einreisen ließ, entstand zudem der falsche Eindruck, jeder könnte nach Deutschland kommen. Das gilt aber nur für Schutzbedürftige.

Wie hat die Bundesregierung reagiert?

Das oberste Ziel der CDU-geführten Bundesregierung ist es, den Flüchtlingsstrom zu reduzieren. Deshalb wurde u. a. das Asylgesetz deutlich verschärft. Bis auf weiteres gibt es wieder Grenzkontrollen. Bei fehlenden Asyl-Voraussetzungen wird schneller abgeschoben. Deutschland hilft zudem, die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen – durch den Kampf gegen den IS und eine bessere Versorgung von Flüchtlingen in den Krisenregionen.

Welche Erfolge sind sichtbar?

Die Zuwanderung verläuft geordneter. Die Flüchtlinge werden an der deutschen Grenze erkenntnisdienstlich registriert. Wer kommt, erhält einen Flüchtlingsausweis. Wer kein Asyl beantragen will, wird schon an den Grenzen zurückgewiesen – das sind derzeit rund 200 Personen jeden Tag. Die Zahl der Abschiebungen hat sich 2015 gegenüber 2014 verdoppelt. Der Kampf gegen Schlepperbanden zeigt erste Erfolge.

Warum nimmt Deutschland Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten auf?

Die meisten Flüchtlinge kommen über Italien und Griechenland. Diese Länder können nicht alle Flüchtlinge aufnehmen. Deutschland hat hier geholfen. Eine faire Verteilung innerhalb der EU bleibt

das Ziel der Bundesregierung. Ab Mitte Februar sollen dafür alle Flüchtlinge in zentralen Anlaufstellen und Aufnahmelagern in Griechenland und in Italien registriert und von dort aus auf alle Staaten der EU verteilt werden.

Wie kann man die EU-Außengrenzen besser schützen?

Viele Flüchtlinge kommen über das Mittelmeer oder die Ägäis in die EU. Schleuser organisieren diese Fahrten. Die Türkei hat ihre Kontrollen jetzt intensiviert. Die CDU will darüber hinaus, dass die europäische Grenzschutzagentur Frontex schnell zu einer europäischen Grenz- und Küstenwache ausgebaut wird.

Weitere ausführlichen Antworten finden Sie auf k.cdu.de/asympolitik-ihre-fragen

Demografischer Wandel und Zuwanderung

Wir leben länger und haben weniger Kinder. Das hat Folgen für die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig werden Stimmen laut, die angesichts hoher Flüchtlingszahlen vom Ende des demografischen Wandels sprechen. Doch stimmt das so? Mit dieser Frage befasste sich eine Konferenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wenn die Jugendclubs schließen müssen, um Alten und Pflegeeinrichtungen zu finanzieren, dann erwarten die Menschen Antworten auf die Fragen des demografischen Wandels.“ Mit klaren Worten umreißt Günter Krings, Parl. Staatssekretär im Innenministerium, im CDU/CSU-Sitzungssaal des Reichstags sichtbare Probleme der anstehenden Veränderungen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Bis zum Jahr 2060 geht die Zahl der Einwohner in Deutschland um 10 bis 15 Millionen Einwohner zurück, wie das Statistische Bundesamt errechnet. Nur noch die Hälfte der Einwohner wird dann im erwerbsfähigen Alter sein, dagegen rund ein Drittel über 65 Jahre alt.

Das Land verändere sich, so Krings. Die Wege führten in die Ballungsräume, die auch bei abnehmender Bevölkerungszahl weiter wüchsen. Vor allem junge Menschen ziehe es in die Städte. Auf dem Land werde es dagegen immer schwerer, eine gute Sozialstruktur und eine gute Infrastruktur vorzuhalten. Die Bundesregierung investiere deshalb gezielt in den ländlichen Raum, in Breitbandausbau und Kinderbetreuung, so Krings. Sie schaffe Möglichkeiten für eine erleichterte Zusammenarbeit von Gemeinden. Und sie setze gezielt Anreize, sich abseits der Städte niederzulassen – etwa für Ärzte.

Dem deutschen Arbeitsmarkt werden darüber hinaus notwendige Fachkräfte fehlen, so

Krings. Die Frage stelle sich: Kann Zuwanderung gegen den demografischen Wandel helfen? Könnte es helfen, wenn Migranten in die ländlichen Räume gehen, um dort zu leben und zu arbeiten?

Helfen vielleicht. Doch könne man so die vielen Probleme des demografischen Wandels nicht lösen, sagt Dr. Cornelia Schu vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration GmbH. „Demografischer Wandel und Demografie ist ein sehr träges System“, Reaktionseffekte dauerten sehr lange.

Harald Herrmann, Direktor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumplanung, zeigt sich dagegen optimistischer. Wenn Zuwanderer-Familien in der Fläche untergebracht würden, könne das positive Auswirkungen auf Infrastruktur, Anbindung und Integration haben. Gleichzeitig werde Ghettoisierung in Städten vermieden. Dieser Prozess wird jedoch langfristig anzulegen sein. Und er setzt voraus, dass die Forderung der CDU zu einer Ausweitung der Residenzpflicht auch für anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge umgesetzt werden.

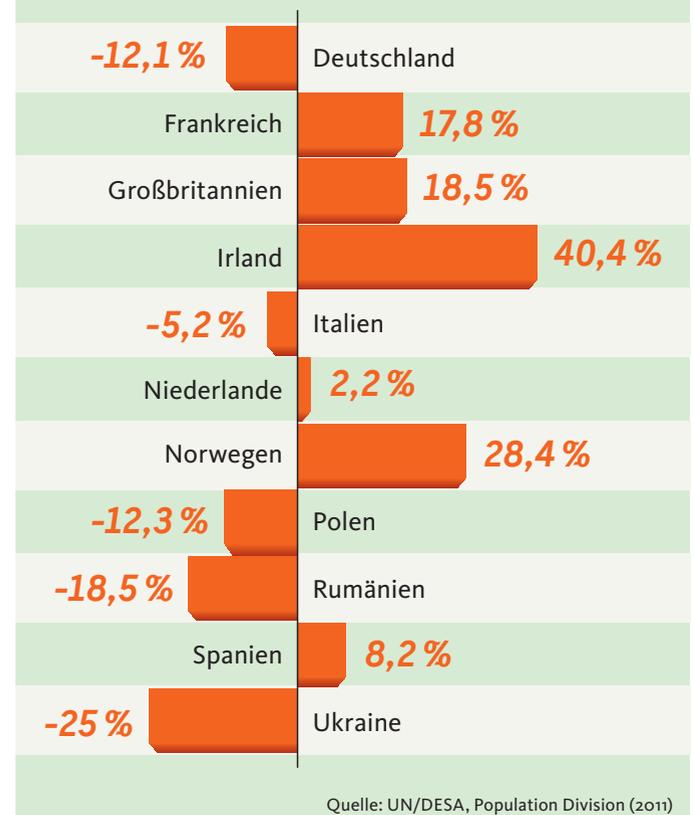
„Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“, fasst Volker Kauder zusammen. Den

Herausforderungen des demografischen Wandels müssen Politik und Gesellschaft mit vielen Maßnahmen begegnen. „Wir müssen den demografischen Wandel als etwas Positives betrachten“, sagte der Unions-

fraktionschef. Es sei eine Querschnittsaufgabe, die gesellschaftspolitisch und arbeitsmarktpolitisch relevant ist. Die Union nehme diese Aufgabe an und arbeite aktiv an ihrer Gestaltung.

Erwartete Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2060

Sehr unterschiedlich werden die Staaten Europas vom demografischen Wandel betroffen sein – sagt eine Studie der Vereinten Nationen



Gemeinsam lernen – im virtuellen Seminarraum

Der Arbeitsmarkt in Deutschland wächst. Gleichzeitig fordert der weltweite Wettbewerb ständige Weiterentwicklung. Das Berliner Startup iversity hat darauf reagiert: Es bietet Seminare im Internet an. Einloggen, lernen, anwenden – jederzeit und überall. Das ist die Idee hinter dem Konzept. Immer mehr Unternehmen nutzen diese Möglichkeit zur Weiterbildung ihrer Mitarbeiter.

Das alte Backsteingebäude zeigt sich tipptopp renoviert. Die ehemalige Fabrik hat die alten Zeiten sichtbar hinter sich gelassen. Im vierten Stock präsentiert sich das junge Unternehmen iversity. Der Name ist die Verkürzung des englischen Wortes University – Universität. Ein Ort des Lernens ist die Firma, in einem modernen Sinn.

iversity ist die Geschichte eines erfolgreichen deutschen Startup: Mit zwei Personen wurde vor sieben Jahren begonnen. Das Ziel: Traditionelle Lernangebote von Universitäten, Firmen oder von privaten Anbietern virtuell für alle zugänglich machen. Heute arbeiten rund 30 junge Leute im Unternehmen. Die Arbeitsplätze sind offen und transparent. Gespräche auf Deutsch und Englisch vermitteln die kreative Atmosphäre eines quirligen Großraumbüros. Diese Offenheit ist ein Teil des Erfolges. „Wer eine Idee hat, wird auch gehört“, sagt Martin Schmucker, Sprecher der Firma.

Mit seinem Konzept schlägt das Berliner Unternehmen eine Brücke vom traditionellen Lernen mit fester Verortung zu einem virtuellen Lernort ohne Grenzen. Statt in Seminarräumen wird am heimischen PC oder am Arbeitsplatz in der Firma gelernt. Die Teilnehmer können ihre Lernerfolge jederzeit feststellen und diese als Texte, Bilder oder Videos online präsentieren. Anschließend werden diese in Diskussionsforen, den sogenannten Journals, besprochen. So erhält jeder eine Rückmeldung, was gut gelun-



Die beiden Geschäftsführer: Sander Nijssen und Hannes Klöpffer

gen ist, oder erfährt Anregungen, was besser gemacht werden kann. „Der soziale Lernerfolg online“ sei Ergebnis dieser Art zu lernen, fasst Schmucker das Konzept zusammen.

Vor allem der digitale Wandel wecke bei vielen Firmen das Bedürfnis, „die Entwicklung zu verstehen und die Mitarbeiter mitzunehmen“, erläutert Schmucker. Ein eigenes Team kümmert sich genau um dieses Interesse der Wirtschaft. Jede Firma soll ihr Angebot finden, jeder Interessent seine individuell benö-

tigte Fortbildung bekommen – online, jederzeit und überall. „Lebenslanges Lernen“, wie es die CDU immer wieder fordert, findet so Eingang in den Alltag von immer mehr deutschen Unternehmen.

Das Angebot ist nicht auf Deutschland beschränkt: Einzelne Kurse haben gleichzeitig Teilnehmer in Australien, Ostasien, Südamerika und Europa. Und auch die Lehrangebote der Universitäten kommen aus aller Welt, viele wollen für ihr Angebot mit neuen Formaten

experimentieren. Das Konzept geht auf: Auch Anfang 2016 schreibt iversity neue Stellen aus. Die Zahl der Kunden ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, sagt Schmucker. Gleichzeitig nahm die Zahl der Kurse zu und damit ihre Vielfalt.

Seit rund drei Jahren werden die „Online Lernkurse“ jetzt angeboten. Der Standort in Berlin habe Vorteile, sagt Schmucker. „Hier gibt es hoch motivierte und gut ausgebildete junge Leute.“ Dazu biete Berlin die notwendige technische Infrastruktur mit leistungsstarkem Internet. In der Zentrale im brandenburgischen Bernau gehe das auch noch. Wenn er Wünsche an die Politik äußern dürfe, dann unter anderem, den Netzausbau in der weiteren Fläche voranzutreiben. Das würde die Grundlagen nicht nur für iversity deutlich verbessern. Die CDU-geführte Bundesregierung hat hierzu gerade eine neue Initiative vorgestellt.

So viele Menschen hatten in Deutschland im Jahresdurchschnitt einen Job



DAS IST NEU 2016

Freibetrag

Der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer steigt um 180 Euro auf 8.652 Euro. Bei Ehepaaren oder eingetragenen Lebenspartnern ist der Grundfreibetrag doppelt so hoch. Von dem zu versteuernden Einkommen bleibt dieser Betrag jeweils steuerfrei.

Kalte Progression

Bei der Einkommensteuer wird der Grundfreibetrag angehoben und der Tarif angepasst. Dadurch führen Lohnsteigerungen zur Anpassung an Preiserhöhungen nicht mehr zu höheren Steuern. Steuerzahler behalten mehr Geld in der Tasche.

Renten

2016 bekommen Rentner deutlich mehr Geld – um bis zu 5 Prozent in den Neuen Ländern und bis zu 4,3 Prozent im Westen. Die genaue Höhe wird im Frühjahr festgelegt. Schon in den Jahren 2014 und 2015 waren die Renten jeweils zwischen 1,6 und 2,5 Prozent gestiegen.

BAföG

Mit Ende der Sommerferien 2016 werden die BAföG-Sätze um mindestens 7 Prozent angehoben. Für Studenten greift die Regelung zum Wintersemester 2016/17: Studenten mit eigener Wohnung erhalten dann bis zu 735 Euro im Monat. Wer bei den Eltern wohnt, bekommt bis zu 537 Euro.

Meister-BAföG

Die Bundesregierung fördert Fortbildung im Handwerk. Die Unterstützung für Handwerker, die sich zum Meister fortbilden, steigt zum August um ca. 9,2 Prozent auf 760 Euro im Monat.

Hartz IV

Der Regelsatz für Alleinstehende steigt von 399 Euro auf 404 Euro. Ehepaar oder Partner in einem Haushalt (Bedarfsgemeinschaft) sollen je 364 statt bisher 360 Euro erhalten.

Kurzarbeitergeld

Die gesetzliche Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes wird zum 1. Januar 2016 von 6 auf 12 Monate verlängert. Damit ist die vorher schon mit wenigen Ausnahmen übliche Praxis dauerhaft verankert.

Mit freiem WLAN zum E-Auto



Elektroautos werden immer beliebter. Für die notwendige Infrastruktur für elektronische Mobilität sorgt die Bundesregierung mit gezielten Investitionen.

In München erwarten Immobilienkäufer zunehmend die E-Zapfsäule für den eigenen Pkw-Stellplatz. So berichtete unlängst die Zeitung „Bayerische Hausbau“. Immer mehr Privatparkplätze werden nachgerüstet. Als in Berlin der Olivaer Platz autofrei werden sollte, erreichte die CDU einen Kompromiss: 60 Pkw-Stellplätze sollen eingerichtet werden. Zusätzlich soll es Lademöglichkeiten für Elektro-Pkw und Elektro-Fahrräder geben.

Jüngste Berichte zeigen immer wieder: Die E-Mobilität kommt langsam in Fahrt – nicht nur in den Städten. Die Bundesregierung hat dafür die Wettbewerbsfähigkeit für Elektromobilität verbessert: Mit dem Elektromobilitätsgesetz wurden Elektroautos gegenüber Benzin- und Dieselfahrzeugen gestärkt. Städte oder Landkreise können den Nutzern von Elektrofahrzeugen im Alltag wichtige Vorteile einräumen, wie kostenloses Parken, Aufhebung von Zufahrtsbe-

schränkungen oder die Nutzung von Sonderspuren. Auch für Fahrten über Land wird nachgelegt: Bis 2017 entsteht auf den rund 400 Autobahnraststätten ein Netz von Schnellladesäulen.

Ausbau der kommunalen Verkehrswege

Mit den besseren Möglichkeiten wird der Markt für E-Mobilität weiter wachsen. Deutsche Autobauer können diese Chance nutzen, um die eigenen E-Autos weiterzuentwickeln. Davon profitiert der Pkw-Standort Deutschland im weltweiten

Wettbewerb. Doch auch Busse und Bahnen werden weiter aufgewertet. Rund 2,9 Milliarden Euro gibt der Bund den Ländern für den Ausbau von Straßen und Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) – jedes Jahr. Das ist wichtig, denn die Angebote vor Ort werden immer entscheidender, wenn es um Lebensqualität und Arbeitsplätze geht.

Landkreise und Städte mit weniger Geld unterstützt die Bundesregierung bis 2018 zusätzlich. Sie erhalten 5 Milliarden Euro für Investitionen vor Ort. Allein für die Bereiche Krankenhäuser, Verkehr, digitale Infrastruktur, Energieeffizienz und Städtebau stehen daraus 3,5 Milliarden Euro bereit.

Mitte 2015 hatten fast 70 Prozent aller Haushalte in Deutschland Zugang zu Internet mit

mehr als 50 MBit pro Sekunde – das sind 7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Doch die Bundesregierung will mehr. Sie will Deutschland zum führenden digitalen Standort in Europa machen. Dafür muss der Ausbau alle Ecken Deutschlands erreichen. Allein für den Breitbandausbau stellt der Bund deshalb 1,4 Milliarden Euro bereit.

Auch auf dem Land möchte man starkes Internet nicht missen. Mit den 1,33 Milliarden Euro Erlös aus der letzten Versteigerung der digitalen Frequenzen soll vor allem der Breitbandausbau auf dem Land gefördert werden. Denn starke Netze sollen auch in die Fläche kommen.

WLAN für alle

Ein wichtiges Zwischenziel ist, überall kostenfreien Internetzugang über WLAN zu ermöglichen. Ein Gesetzesentwurf zur sogenannten Störerhaftung liegt vor: Anbieter von WLAN-Hotspots sind dann nicht mehr haftbar, wenn andere den Zugang für Straftaten nutzen. Das macht das Angebot attraktiver. So hilft es vielen bei der Suche im Netz – vom Car-Sharing-Auto um die Ecke bis zu Fahrplänen von Bussen und Bahnen.



Bitkom-Studie zu Elektroautos

7 von 10 Deutschen können sich laut einer Studie des Digitalverbandes Bitkom vorstellen, ein Elektroauto zu kaufen. 62 Prozent der Befragten würden ein Elektrofahrzeug kaufen, wenn sie mit einer Batterieladung ähnlich weit kommen wie ein Auto mit einer Tankfüllung. 47 Prozent würden es kaufen, wenn es nicht teurer ist als vergleichbare Autos mit Kraftstoffmotor. Mehr Informationen unter: www.bitkom-research.de

DAS IST NEU 2016

Altersvorsorge

Wer für das Alter vorsorgt, kann künftig 82 Prozent von höchstens 22.767 Euro geltend machen. Das sind 18.669 Euro. 2015 waren es noch höchstens 17.737 Euro.

Krankenhäuser

Kliniken erhalten künftig Zuschläge für besonders gute Leistungen bei Operationen und Versorgung der Patienten. Für schlechte Leistungen soll es Abzüge geben.

Kurzzeitpflege

Krankenkassen übernehmen künftig Kosten für Kurzzeitpflege. Die Ansprüche auf häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe werden zudem erweitert.

Facharzttermine

Die Kassenärztlichen Vereinigungen bieten Terminservicestellen an. Diese sollen für Versicherte notwendige Facharzttermine vorschlagen. Der Termin soll innerhalb einer Woche festgelegt werden und innerhalb von vier Wochen stattfinden.

IBAN und BIC

Verbraucher müssen seit 1. Februar 2016 für Überweisungen oder Einzahlungen die internationale Kontonummer IBAN verwenden. Dafür kann die Angabe der BIC-Nummer für Überweisungen in sämtliche Länder der EU sowie Island, Liechtenstein und Norwegen entfallen.

CDU: Die Mitmachpartei

Mit ihrem Beschluss „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“ stellt sich die CDU für die Zukunft auf. Ein Schwerpunkt: Mehr Gestaltungsmöglichkeiten für Mitglieder und Bürger.

Die CDU will als große Volkspartei der Mitte Mitgliedern und Bürgern noch mehr Möglichkeiten bieten, sich einzubringen und mitzumachen. Dazu wurde auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe eine umfangreiche Modernisierung der Parteiarbeit beschlossen. Das sind die wichtigsten Punkte:

Die CDU will den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger in-

tensivieren. Alle Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände sollen mit regelmäßigen Bürgergesprächen und Canvassing-Aktionen auch außerhalb von Wahlkampagnen präsent sein.

Die Mitglieder bekommen mehr Rechte: Eine bestimmte Zahl von Mitgliedern kann künftig direkt Sachanträge an Parteitage stellen – vom Bezirksparteitag bis zum Bundesparteitag.

Die CDU will die Fähigkeiten und Interessen der Mitglieder besser nutzen und vernetzen: Dazu wird im Mitgliedernetz CDUplus ein Experten- und Kompetenzpool geschaffen. So soll jeder Einzelne seine Fertigkeiten noch besser einbringen können.

Die CDU will noch familienfreundlicher werden: Parteiveranstaltungen müssen mit festen Anfangs- und Endzeiten verse-



hen werden. Bei der Terminplanung soll besondere Rücksicht auf familien- und arbeitsfreundliche Sitzungszeiten sowie auf die Sonn- und Feiertagsruhe genommen werden.

Jetzt Mitglied werden

Werden auch Sie Teil einer großen Familie! Jeden Monat treten über 1.000 Bürgerinnen und Bürger in die CDU ein: Von der Gewerkschafterin bis zum Mittelständler, von der Landwirtin bis zum Pfarrer, vom Leistungssportler bis zur Bürgermeisterin. Unsere Partei ist vielseitig wie das Leben selbst. Jeder, der unsere Werte teilt, findet bei uns seinen Platz. Kommen auch Sie dazu. Wir freuen uns auf Sie!

Jetzt hier eintreten:
www.cdu.de/mitglied-werden